

GEW für Prüfstelle für bildungsgefährdende Unterrichtsmaterialien

Bildungsgewerkschaft zur Studie "Lobbyismus an Schulen"
von Lobbycontrol

Mitteilung: GEW Hauptvorstand

Frankfurt a.M. - Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) macht sich für eine öffentlich kontrollierte Prüfstelle für private Unterrichtsmaterialien stark. Sie unterstützt damit eine gleichlautende Forderung von Lobbycontrol. "Wenn die Zahl frei verfügbarer und privater Unterrichtsmaterialien in die Millionen steigt - bei sinkenden Schulbuchausgaben! - brauchen Schulen und Lehrkräfte mehr Orientierung und eine Anlaufstelle, die im Zweifelsfall helfen kann", betonte die stellvertretende GEW-Vorsitzende Marianne Demmer anlässlich der Veröffentlichung einer Studie von Lobbycontrol am Dienstag.

Bereits im vergangenen Jahr hatten sich GEW und Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB) an die Kultusministerien gewandt und mehr öffentliche Verantwortung für Unterrichtsmaterialien angemahnt. Eine "Prüfstelle" lehnen die Kultusminister bisher - meist mit dem Verweis auf den großen Aufwand und die ausreichende Kompetenz der Lehrkräfte - jedoch ab.

"Natürlich haben Lehrkräfte die Kompetenz, professionellen Unterricht zu gestalten. Die Kultusminister vergessen aber, wie viel Unterricht fachfremd etwa im Bereich Wirtschaft gehalten werden muss. Außerdem ist nicht immer klar zu erkennen, welche Financiers sowie wirtschaftlichen und politischen Interessen hinter den Lehrangeboten stecken", erläuterte die GEW-Schulexpertin das Problem. Eine kritische Prüfung der Materialien koste die Lehrkräfte zu viel Zeit und sei im Alltag oft nicht zu leisten. "Besonders wichtig ist, dass Lehrkräfte in der Ausbildung oder durch Fortbildungen Kompetenzen erwerben, die ihnen eine kritische Analyse der Lehr- und Lernmaterialien ermöglichen. Das geschieht jedoch nicht", stellte Demmer fest. "Wieso soll es - analog zur Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien - keine Prüfstelle für bildungsgefährdende Unterrichtsmaterialien geben?" Diese könne auf Antrag tätig werden und allein durch ihre Existenz schon zu mehr Umsicht beitragen.

Die GEW beobachte seit vielen Jahren mit Sorge, dass Wirtschafts- und Finanzverbände, Privatunternehmen, Stiftungen, Vereine und sonstige Lobbygruppen

immer stärker versuchen, die Lerninhalte für allgemeinbildende Schulen zu beeinflussen. "Wirtschaft ist ein wichtiges Lernfeld der politischen Bildung an Schulen", unterstrich Demmer. "Aber wenn Lobbyisten mehr und mehr bestimmen können, wo es lang geht, muss die öffentliche Hand einen Riegel verschieben. Wir brauchen eine Schule für die Demokratie - und nicht eine Schule, die zur Dienerin der Wirtschaft gemacht werden soll", sagte die GEW-Expertin.

Info: Die Broschüre "Lobbyismus an Schulen. Ein Diskussionspapier über Einflussnahme auf Unterricht und was man dagegen tun kann" beschreibt mit sehr anschaulichen Beispielen Erscheinungsformen, Strategien, Hintergründe und Risiken lobbyistischer Einflussnahme in den Schulen. Zugleich liefert sie Anregungen, wie Schulen und Lehrkräfte damit umgehen können.

Das Diskussionspapier von Lobbycontrol können Sie hier herunterladen:

https://www.lobbycontrol.de/wp-content/uploads/Lobbyismus_an_Schulen.pdf

Ein offener Brief (Online-Aktion) ist hier einzusehen:

https://www.lobbycontrol.de/wp-content/uploads/Offener_Brief_an_Bildungsminister.pdf

Siehe auch die GEW-Seiten zum Thema "Ökonomische Bildung":

http://www.gew.de/Oekonomische_Bildung.html

*Pressemitteilung v. 30.4.2013
GEW-Hauptvorstand
Ulf Rödde
Pressesprecher
Reifenberger Str. 21
60489 Frankfurt am Main
www.gew.de*